WoZ 24.1.19, S: 2

BILDUNG

Privatschulen für alle?

Die «Elternlobby» fordert die freie Schulwahl. Doch allen schönen Wünschen zum Trotz würde damit die öffentliche Bildung ruiniert.

VON LINDA STIBLER

Mit dem Ruf nach «freien Schulen» sammelt ein Verein namens Elternlobby derzeit Unterschriften. In den Kantonen Aargau, Basel-Landschaft, Basel-Stadt, Bern, Freiburg, St. Gallen, Zürich und Wallis hat er Petitionen lanciert, mit denen er die «freie Schulwahl für alle» fordert, und zwar kostenlos. Eltern, die ihre Kinder in eine Privat- oder Alternativschule schicken möchten, müssten das ohne finanziellen Mehraufwand tun können.

Der Verein Elternlobby wurde im Jahr 2002 gegründet. Er setzt sich ausschliesslich für die freie Schulwahl der Eltern ein. Zehn Jahre ist es her, dass die Lobby in den Kantonen Basel-Landschaft, St. Gallen und Thurgau Volksinitiativen einreichte. Damals stand die Idee von sogenannten Bildungsgutscheinen im Vordergrund: Eltern, die ihre Kinder in private Schulen schicken, sollten vom Staat – also von Kantonen und Gemeinden – mit jenem Anteil entschädigt werden, der dem entspricht, was ein Kind in der öffentlichen Volksschule kostet. Von dieser Idee wollte damals die Mehrheit der StimmbürgerInnen nichts wissen.

Religiöse Ausrichtung möglich

Inzwischen haben die Reformen um die Harmonisierung der Volksschule (Harmos) die Eltern verunsichert, Leistungsdruck und Schulstress steigen. Und manche Eltern suchen Abhilfe in Privatschulen, die mehr Rücksicht auf die individuellen Begabungen und Defizite ihrer Kinder nehmen.

Laut Petitionstext sollen innerhalb der staatlichen Schulen Schwerpunkte entwickelt werden, aus denen die Eltern die passende Variante für ihr Kind frei wählen können. Es sollen aber auch freie Schulen entstehen oder berücksichtigt werden, die nach eigenen pädagogischen Konzepten organisiert sind. Sie sollen von der öffentlichen Hand finanziert werden, sofern sie dieselben Regeln wie die Staatsschulen einhalten. Sollten Eltern eine Privatschule wählen, dann könnten die betreffenden Schulen staatliche Beiträge erhalten, sofern diese Schulen einen offenen und unentgeltlichen Zugang gewährleisten ohne ethnische oder religiöse Einschränkungen.

Es ist ein beeindruckender Wunschkatalog, den die Petition formuliert. Doch er lässt viele Fragen offen. Für die zu schaffenden Alternativmodelle hat die Elternlobby den Begriff der «freien Schulen» erfunden. Nach ihrer Vorstellung sollen diese eine private Trägerschaft haben. In der Wahl des Schulmodells wären sie frei: Denkbar sind zum Beispiel Rudolf-Steiner-Schulen, Schulen für Hochbegabte, aber auch solche mit einer religiösen Ausrichtung.

Ein Blick in die USA genügt

Diese Schulen sollen vom Staat voll finanziert werden und müssten die gleichen Bedingungen wie die öffentlichen Schulen erfüllen: So dürfen sie kein zusätzliches Schulgeld verlangen und keine Gewinne erwirtschaften. Wie der offene Zugang tatsächlich gewährleistet werden kann, bleibt dabei völlig unklar. Freie Schulen würden kaum Kinder aufnehmen, die einen höheren Betreuungsaufwand benötigen. Auch könnte eine Gewinnbeschränkung nicht verhindern, dass mächtige private Sponsoren bestimmte Schulen besonders fördern.

Käme noch die Frage des Personals, also der Lehrpersonen, hinzu. Wer entscheidet über die Löhne und die Mitsprache? Eines wird klar: Die öffentlichen Staatsschulen kämen unter Druck, weil sie als Einzige ausnahmslos allen Kindern eine Grundbildung ermöglichen müssen.

Es geht also wieder einmal ums liebe Geld und darum, wie viel die öffentliche Hand den einen oder anderen zukommen lässt. Denn die Idee dieser Art von «freien Schulen» basiert auf dem Credo des freien Marktes und des Wettbewerbs. Das ist das Bedenkliche an der ursprünglich sympathisch wirkenden Idee.

Fragwürdig ist auch, dass die Elternlobby seltsame Argumente für ihre Petitionen ins Feld führt. Sie wirbt mit angeblich erfolgreichen Modellen aus dem Ausland, etwa den Charter Schools in den USA, die genau mit diesem Modell die staatlichen Schulen ruiniert und zu Restschulen für den ärmeren Teil der Bevölkerung degradiert haben. Das könnte auch bei uns passieren. Der Privatisierung der öffentlichen Schulen wäre Tür und Tor geöffnet.